



Kämmereiamt

# Report on Development of the Budget Situation of the City of Biberach



Stand: 31.12.2006

## 1. Ausgangssituation

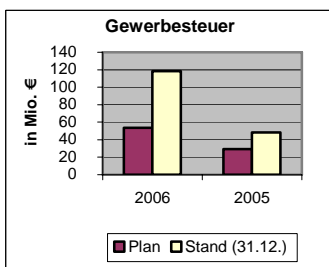
Die vom Gemeinderat am 19.12.2005 beschlossene Haushaltsatzung 2006 wurde am 25.01.2006 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 07.02.2006 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

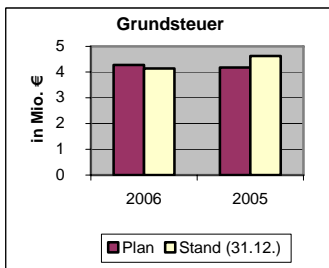
## 2. Wesentliche Planabweichungen

### 2.1 Verwaltungshaushalt

#### 2.1.1 Einnahmen

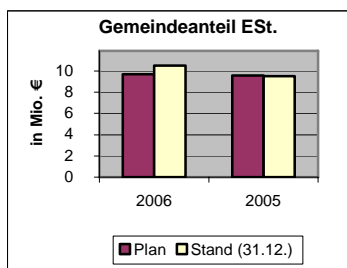


Über die Entwicklung bei der Gewerbesteuer wurde in der jüngsten Vergangenheit mehrfach berichtet. Trotz der Hebesatzreduzierung auf 330 v.H. übersteigen die Einnahmen den Haushaltsansatz bei weitem. Das Gewerbesteueraufkommen liegt zum Jahresende rund 64,8 Mio. € über der Planung. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 26,5 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 91,7 Mio. €.



Die Jahresveranlagung bei der **Grundsteuer B** liegt bei fast 97 %. Die Planunterschreitung von ca. 131.000 € ist eine Folge der Absenkung des Hebesatzes von 320 % auf 300 %.

Die übrigen Steuereinnahmen (Grundsteuer A und Hundesteuer) verlaufen weitgehend planmäßig. Lediglich bei der **Vergnügungssteuer** ist mit Mehreinnahmen zu rechnen. Aufgrund der unsicheren Rechtssituation bei speziellen Spielgeräten war der Planansatz bewusst reduziert worden.



Die November-Steuerschätzung hat eine weitere Anhebung des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** gebracht. Das Land geht nunmehr von einem Aufkommen von 3,548 Mrd. € (vorher 3,30 Mrd. €) aus. Die Stadt hat ihrer vorsichtigen Haushaltsplanung 2006 einen Anteil von 3,20 Mrd. € zugrunde gelegt. Danach sind aus heutiger Sicht Mehreinnahmen von rund 1.063.000 € zu erwarten. Die endgültige Abrechnung erfolgt jedoch erst im Februar.

Auch beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** ist mit Mehreinnahmen von rund 132.000 € zu rechnen. Gleiches gilt beim **Familienleistungsausgleich** und bei den **Schlüsselzuweisungen**. Hier erwarten wir aufgrund der Anhebung der Investitionspauschale von 12,00 €/EW auf 19,90 €/EW höhere Einnahmen von 191.500 €. **Die Sonstigen Zuwendungen nach FAG** (Finanzausgleichsgesetz) für Große Kreisstädte verlaufen plangemäß.

Die **Gebühren und Entgelte** liegen größtenteils im Plan. Lediglich die Einnahmen bei den Bestattungs-/Grabnutzungsgebühren liegen unter den geplanten Werten.

Bei den **Mieten und Pachten** geht das Liegenschaftsamt von einem planmäßigen Verlauf aus. Die Mietgebäude der Stadt werden seit 01.01.2006 vom Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach (WWB) verwaltet.

Die **Erstattungen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr (**ÖPNV**) werden voraussichtlich um rund 393.000 € geringer ausfallen als zunächst geplant. Dies beinhaltet die Rücküberweisung der überhöhten Abschlagszahlungen für 2005 und die Senkung der Abschläge für 2006. Das Ergebnis hat sich insbesondere im Jahr 2005 durch Steigerungen auf der Einnahmeseite und durch Kosteneinsparungen verbessert, so dass nur noch ein geringerer Zuschuss durch den Landkreis notwendig ist.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

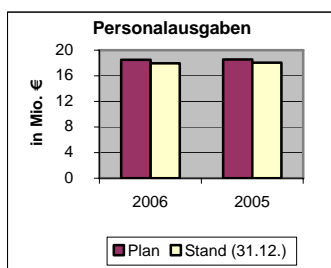
Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Die Pro-Kopf-Beträge bei der Hauptschule und für die Gymnasien sind leicht rückläufig, so dass mit Wenigereinnahmen von 45.200 € gerechnet werden muss. Beim Schulkostenausgleich für das Kreisgymnasium hat die Stadt dagegen Mehreinnahmen von knapp 46.600 € erhalten.

Die **Zinsen aus Geldanlagen** werden auf Grund der gestiegenen Einnahmen um ca. 796.300 € über dem geplanten Ansatz liegen. Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen beim Strom mit rund 118.000 € über der Planung.

Bei den weiteren Finanzeinnahmen ist bei den **Bußgeldern** mit Mehreinnahmen zu rechnen, die jedoch nicht ausreichen, die Wenigereinnahmen bei der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer und bei den **Säumniszuschlägen** zu kompensieren; insgesamt verbleiben Wenigereinnahmen von rund 87.000 €.

Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst noch verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

## 2.1.2 Ausgaben

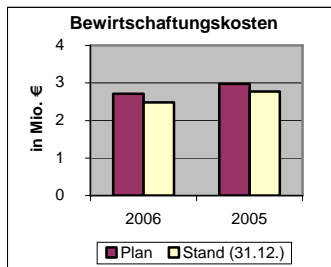


Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt entsprechend der Hochrechnung vom Dezember derzeit davon aus, dass die Planung um rund 547.000 € unterschritten werden kann. Insbesondere auf Grund der Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeit kann es hier jedoch noch zu Verschiebungen kommen. Wegen der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre kam es zum Jahreeende zu einer vermehrten Zahl von Anträgen. Die Höhe der endgültigen Einsparung kann daher vom Hauptamt derzeit noch nicht beziffert werden.

Hinzu kommen noch die außerplanmäßig zu bildenden Rückstellungen für Pensionen und Beihilfeumlagen (Dr. Nr. 127/2006) im Umfang von 24,3 Mio. €.

Die Ausgaben für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** verlaufen bis auf überplanmäßige Mehrausgaben von 75.000 € für die Dachsanierung der Mali-Hauptschule (Dr. Nr.

91/2006) sowie Mehrausgaben beim Wieland-Gymnasium für die Ausstattung eines EDV-Raums mit 23.200 € weitgehend planmäßig. Dazu kommen noch zusätzliche Straßenbelagserneuerungen mit 85.000 €, die jedoch über geringere Ausgaben wieder ausgeglichen werden können.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 90,52 % (Vorjahr: 93 %) des Planansatzes erreicht. Zum Jahresbeginn haben sich die Abwassergebühren und die Gaspreise erhöht. Ein weiterer Preisanstieg beim Gas zum 01. August mit durchschnittlich 4 % und auch der lang anhaltende Winter zu Jahresbeginn lassen vermuten, dass die Bewirtschaftungskosten ca. 80.000 € über der Planung liegen werden.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 69 % (Vorjahr: 76 %) bewirtschaftet. Neben den höheren Ausgaben bei den Pässen, die durch Mehreinnahmen teilweise kompensiert werden, fallen zusätzliche Kosten für den Winterdienst (Dr. Nr. 55/2006) an. Der Straßentwässerungskostenanteil wird - wie bereits im letzten Bericht dargelegt - darüber hinaus voraussichtlich um über 200.000 € ansteigen.

Bei einigen **Geldanlagen** musste ein Ausgabeaufschlag an die Bank gezahlt werden (Dr. Nr. 187/2005). Die außerplanmäßigen Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 170.000 € und sind vom Gemeinderat bereits bewilligt.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer ist für die **Gewerbesteuerumlage** mit Mehrausgaben von 14.533.400 € zu rechnen. Die **Kreisumlage** wird sich dagegen verringern. Wegen des niedriger festgesetzten Kreisumlagesatzes von 29,80 % (Planung 30,50 %) werden dort voraussichtlich 287.000 € weniger Ausgaben anfallen.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 635.837 € (Vorjahr: 1.188.765 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Davon entfallen allein auf die Ausgabeaufschläge für die Geldanlagen 170.000 €, für die Dachsanierung der Malihauptschule 75.000 € und rund 85.000 € auf die oben angesprochenen zusätzlichen Straßenbelagserneuerungen. Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

### 2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

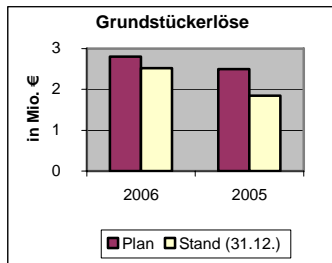
Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 100,30 % (Vorjahr: 99,78 %) und auf der Ausgabenseite zu 97,37 % (Vorjahr 92,30 %) bewirtschaftet. Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt derzeit im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

## 2.2 Vermögenshaushalt

### 2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitgehend planmäßig.



Bei den Einnahmen aus **Grundstückserlösen** ergibt sich eine Planunterschreitung von rund 283.000 €.

Der Ansatz bei den Erschließungsbeiträgen kann um 100.100 € (25 %) übertroffen werden. Die Überschreitung ist jedoch allein auf die Ablösung des ehemaligen Reitgeländes zurückzuführen; ohne diesen einmaligen Effekt ergibt sich eine Unterschreitung um 69 % (Vorjahr Unterschreitung 29 %). Außerdem sind die Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen und die Ablösebeiträge für Kfz-Stellplätze vom Ansatz weit entfernt geblieben.

Bei den **Zuschüssen** wurden die Landeszuschüsse für die Schulbaumaßnahmen am Wieland-Gymnasium und an der Pflugschule letztes Jahr nicht mehr bewilligt. Damit entfallen im Jahr 2006 geplante Einnahmen in Höhe von 1,76 Mio. €.

### 2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Die für den **Erwerb von Grundstücken** eingeplanten Mittel wurden weitgehend planmäßig benötigt.

Bei den **Baumaßnahmen** wurden für verschiedene Maßnahmen Kostenunterschreitungen von insgesamt rund 630.000 € gemeldet. Zwar waren bei einzelnen Maßnahmen auch konjunkturbedingte Mehrausgaben zu verzeichnen, insgesamt gesehen wird jedoch mit geringeren Ausgaben von rund 2,0 Mio. € gerechnet.

Zwei bisher auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft laufende Förderdarlehen der L-Bank mussten an die Stadt zurückgeführt werden. Von dieser erfolgte entsprechend dem Bewirtschaftungsvermerk im Haushaltsplan dann die **außerordentliche Tilgung** der Darlehen. Hierfür sind Ausgaben in Höhe von rund 95.400 € angefallen.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt bisher 325.770 € (Vorjahr: 1.795.228 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Die haushaltsmäßige Deckung war jeweils nachgewiesen.

## 3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

#### 4. Zusammenfassung, Ergebnis

Die überaus positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Biberrach führt dazu, dass die Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen kompensiert werden können und darüber hinaus noch eine Erhöhung der geplanten Zuführungsrate um 27,5 bis 30,5 Mio. € möglich erscheint. Die gute konjunkturelle Entwicklung trägt ein Übriges hierzu bei. So sind nunmehr Steuerzuwächse beim Einkommen- und Umsatzsteueranteil zu erwarten.

Im Vermögenshaushalt sind insbesondere die Zuschussausfälle durch geringere Bauausgaben und über die höhere Zuführung auszugleichen. Im Übrigen gehen wir, nachdem keine negativen Tendenzen erkennbar sind, von einem weitgehend planmäßigen Verlauf aus, so dass die Zuführung zur Rücklage zwischen 30,0 bis 33,0 Mio. € liegen wird.

Zusätzlich zu diesem sehr guten Ergebnis wurde auch durch die Bildung der Rückstellungen für Beamtenpensionen und Beihilfeumlagen die städtische Risikovorsorge weiter verbessert. Die gute Einnahmesituation hat es möglich gemacht, diese Rückstellung auf einmal zu bilden, mit der Folge einer nachhaltigen Entlastung der künftigen Haushalte. Die Gelder für diese Rückstellung werden langfristig angelegt.

Insgesamt konnte damit die bisherige positive Einschätzung der Haushaltslage für das Jahr 2006 nochmals außerordentlich verbessert werden.

Leonhardt